

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 22.04.2025

Anfrage:
Verloren im System – Überforderung bei der SZE?

Die Abendzeitung München berichtet über einen Fall, der wütend und betroffen macht: Ein Münchner Ehepaar kämpfte über ein Jahr lang vergeblich um die Niederlassungsbewilligung für die Frau aus Thailand. Trotz vollständiger Unterlagen und klarer Rechtslage blieb ihr Antrag in der Servicestelle für Zuwanderung und Einbürgerung (SZE) des Kreisverwaltungsreferats liegen. Rückmeldungen? Fehlanzeige. Telefonhotlines? Dauerbesetzt oder einfach aufgelegt. Die Unterlagen? Verschwunden. Die Kommunikation? Intransparent und unprofessionell.

Die Konsequenzen für die Betroffene waren dramatisch: Sie verlor ihren Arbeitsplatz und ihr Bankkonto wurde mehrfach gesperrt, weil Arbeitgeber und Banken die von der Behörde ausgestellte Fiktionsbescheinigung schlicht nicht anerkannten. Erst durch die Einschaltung einer Anwältin kam Bewegung in den Fall: nach über einem Jahr!

Doch der Fall steht nicht allein. Wie die beteiligte Fachanwältin berichtet, kommen täglich neue verzweifelte Menschen (von Mitarbeiter:innen im Baugewerbe bis zur Wissenschaft) zu ihr. Die Schilderungen zeichnen ein erschreckendes Bild: Ein überlastetes Amt, zu wenig Personal, mangelnde Schulung, hoher Druck, zu viele Fehler. All das führt zu wochenlangen Wartezeiten, existenzieller Unsicherheit und wachsendem Frust bei den Betroffenen. Die Verwaltung, die Menschen in schwierigen Lebenslagen eigentlich unterstützen sollte, wird hier zur Hürde.

Daher frage ich den Oberbürgermeister:

1. Wie viele Beschwerden bezüglich überlanger Bearbeitungszeiten und mangelhafter Kommunikation sind dem KVR bzw. der Stadtverwaltung in den Jahren 2023 bis 2025 im Zusammenhang mit der SZE bekannt geworden?
2. Wie lange dauert aktuell die durchschnittliche Bearbeitung von Anträgen auf Aufenthaltstitel, Niederlassungsbewilligung und Einbürgerung?
3. Wie viele unbesetzte Stellen gibt es derzeit in der SZE, und in welchen Bereichen bestehen die größten Engpässe?
4. Welche Maßnahmen wurden seitens der Stadt ergriffen, um Personalengpässe zu beheben und die Qualität der Abläufe zu sichern?

5. Wie viele Mitarbeitende wurden in den letzten zwei Jahren neu eingestellt, und wie erfolgt deren Einarbeitung im Bereich Aufenthaltsrecht?
6. Wie stellt die Stadt sicher, dass die Kommunikation mit anwaltlich vertretenen Personen korrekt erfolgt, insbesondere unter Beachtung des sogenannten Umgehungsverbots?
7. Wie viele Aufenthaltstitel wurden im Jahr 2024 beantragt und wie viele davon befinden sich noch in Bearbeitung?
8. Wie viele Fiktionsbescheinigungen wurden im Jahr 2024 ausgestellt?
9. Welche Maßnahmen ergreift die Stadt, um sicherzustellen, dass Fiktionsbescheinigungen von Arbeitgebern, Banken und anderen Institutionen im Alltag tatsächlich anerkannt werden?
10. Gibt es Überlegungen, eine zentrale Beschwerdestelle oder ein digitales Antrags-Tracking einzuführen, um Transparenz und Vertrauen in die Arbeit der SZE zu stärken?

Initiative:

Sonja Haider, stellv. Fraktionsvorsitzende